



Antrag

der Fraktion der CDU

Notwendige Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur A 20 ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die A 20 nicht nur regionale Bedeutung hat, sondern zum trans-europäischen Verkehrsnetz der EU gehört. Verzögerungen haben deshalb nicht nur negative Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Norddeutschland, sondern belasten in zunehmendem Maße auch die internationalen Beziehungen zu Dänemark und Polen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten zu prüfen, die Planung aller Teilabschnitte - auch westlich der A7 inklusive westlicher Elbquerung – zu beschleunigen und unverzüglich Baurecht zu schaffen.

Der gescheiterte Planfeststellungsbeschluss sowie die unzureichende Nachbearbeitung in den vergangenen zwei Jahren haben gezeigt, dass der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH), insbesondere durch die Verschiebung von Planstellen im Zuge der Neuzuschneidung der Landesministerien, seine Aufgaben zurzeit nicht adäquat erfüllen kann.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, kurzfristig aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Konsequenzen zu ziehen und zusätzliche Haushaltsmittel im Haushalt 2014 bereitzustellen, um die unbesetzten Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen sowie externe Beratungs- und Ingenieursleistungen einzukaufen. Die derzeitigen Lücken in der Personalausstattung müssen schnellstmöglich geschlossen werden.

Johannes Callsen

und Fraktion

Hans-Jörn Arp